

Bauprüfdienst (BPD) 1/2011

Gebühren

Inhalt:

- 1 Gründe für die Herausgabe, ungültige Bauprüfdienste
- 2 Rechtsgrundlagen
- 3 Gebührenpflichtiger
 - 3.1 Gebührenpflichtiger
 - 3.2 Entstehung der Gebührenpflicht
 - 3.3 Sachliche Gebührenfreiheit
 - 3.4 Persönliche Gebührenfreiheit
 - 3.5 Nachweis für die Gebührenermittlung
 - 3.6 Gebührenvorauszahlung
- 4 Gebührenermittlung und -bescheid
 - 4.1 Gebührenermittlung nach der BauGebO
 - 4.2 Gebührenermittlung und Bescheid im Verfahren nach § 62 HBauO
 - 4.3 Rücknahme oder Ablehnung von Anträgen
 - 4.4 Auslagen
 - 4.5 Erstattungspflicht zwischen Behörden der FHH
- 5 Stundung, Niederschlagung, Erlass
- 6 Verjährung
- 7 Informationen der Finanzbehörde zum Gebührenrecht
- 8 Auskünfte nach dem Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetz
- 9 Stichwortverzeichnis

1 Gründe für die Herausgabe, ungültige Bauprüfdienste

1.1 Der Bauprüfdienst gibt Erläuterungen und Auslegungshilfen zu den nach der Baugebührenordnung zu erhebenden Gebühren und damit im Zusammenhang stehenden anderen gebührenrechtlichen Vorschriften.

1.2 Dieser Bauprüfdienst ersetzt den BPD 6/1997, der nicht mehr anzuwenden ist.

2 Rechtsgrundlagen

- Gebührengesetz (GebG)
- Baugebührenordnung (BauGebO)
- Verordnung über Freiheit von Verwaltungsgebühren in bestimmten Fällen (Gebührenfreiheitsverordnung – GebFreiVO)
- Verordnung über die Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen des öffentlichen Rechts in Hamburg
- Haushaltsordnung der Freien und Hansestadt Hamburg (Landeshaushaltsordnung – LHO)

3 Gebührenpflichtiger , Entstehung der Gebührenpflicht

3.1 Gebührenpflichtiger (§ 9 GebG):

In § 9 Gebührengesetz (GebG) sind die gebührenpflichtigen Personen aufgeführt.

Zur Zahlung von Verwaltungsgebühren ist u.a. derjenige verpflichtet, der die Amtshandlung selbst oder durch Dritte, deren Handeln ihm zuzurechnen ist, beantragt oder dem das Handeln der Behörde zugutekommt (Absatz 1 Nr.1 und Nr.2).

Das gilt zum Beispiel für den Antragsteller im Baugenehmigungsverfahren oder für den Begünstigten bei Eintragung einer Baulast -siehe auch Nr. 4.1.7 des BPD zu 2.4.

Zur Zahlung von Gebühren ist ferner verpflichtet, wer die Zahlung durch Erklärung gegenüber der Behörde übernommen hat oder wer für die Schuld eines anderen kraft Vertrags haftet (§ 9 Abs. 5 GebG).

Bei Personen, die nebeneinander zur Zahlung derselben Gebühr verpflichtet sind, ist jeder als Gesamtschuldner zur Zahlung der vollen Gebühr verpflichtet (§ 9 Abs. 7 GebG).

Die vorstehenden Regelungen gelten entsprechend auch für Zinsen und die Erstattung von Auslagen (§ 9 Absatz 8 GebG).

3.2 Entstehung der Gebührenpflicht (§ 15 GebG):

Die Gebührenpflicht entsteht bei Verwaltungsgebühren mit Beendigung der Amtshandlung oder mit der Zurücknahme eines Antrages oder Widerspruchs (§ 15 Abs.1 Nr.1). Das gilt somit auch für die Anträge in den bauaufsichtlichen Verfahren. Maßgebend für die Ermittlung der Gebühr sind die zum Zeitpunkt der Entstehung der Gebührenpflicht geltenden Vorschriften (wie z.B. die aktuellen Gebührensätze und Anrechnungswerte der Anlagen 1 und 2 BauGebO).

Die Pflicht zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages (§ 15 Abs. 2 GebG).

3.3 Sachliche Gebührenfreiheit (§ 10 GebG)

In § 10 Abs.1 GebG sind sachlich gebührenfreie Amtshandlungen aufgelistet.

Mündliche und einfache schriftliche Auskünfte sind nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 GebG gebührenfrei, soweit nicht in einer Gebührenordnung etwas anderes bestimmt ist. Nach Auffassung der Finanzbehörde sind schriftliche Auskünfte dann gebührenfrei, wenn sie einen Zeitaufwand von nicht mehr als ungefähr 15 Minuten beanspruchen.

Dabei dürfen organisatorische Schwierigkeiten wie

- weite Wege zum Archiv,
- Aktensuche oder
- Schreibprobleme,

die zu einer längeren Bearbeitungszeit führen, nicht zu Lasten des Anfragenden gehen.

Zur Gebührenerhebung für Beratungen siehe nachfolgende Nr. 4.1.7. (Anmerkungen zu Nr. 10.3 der Anlage 1 BauGebO).

Die Pflicht zur Erstattung von Auslagen wird durch die Gebührenfreiheit nicht berührt (vgl. § 5 Abs. 4 GebG).

3.4 Persönliche Gebührenfreiheit (§ 11 GebG)

Auch im Falle einer Gebührenfreiheit werden die Gebühren für die Amtshandlung ermittelt und erfasst. Sie sind als Kenngröße für die Kalkulation der Baugebühren erforderlich und dokumentieren die erbrachte Leistung der Verwaltung.

3.4.1 Gebührenfreiheit für Kirchen, andere Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften (§ 11 Abs.1 GebG)

Von der Zahlung von Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen gemäß § 3 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 des GebG sind Kirchen und andere Religionsgemeinschaften oder Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts befreit (§ 11 Abs. 1 GebG).

Das gilt z.B. für die Erteilung einer Baugenehmigung, die Eintragung von Baulasten oder die Gewährung von Akteneinsicht.

Die Gebührenbefreiung gilt nicht für Gebühren nach Nr. 10.1 der Anlage 1 BauGebO, die im Zusammenhang mit bauaufsichtlichen Anordnungen nach §§ 58, 75 oder 76 HBauO zu erheben sind.

Eine Auflistung der unter § 11 Abs.1 GebG fallenden Institutionen ist enthalten in der Verordnung über die Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen des öffentlichen Rechts in Hamburg.

Die Gebührenfreiheit tritt unabhängig davon ein, ob das Bauvorhaben dem Zweck der Kirchen bzw. Religionsgesellschaften oder Weltanschauungsgemeinschaften unmittelbar oder mittelbar dient. Entscheidend ist die Eigenschaft der Bauherrin (Antragstellerin); d.h. gebührenpflichtig muss die Religionsgemeinschaft selbst sein.

Die Pflicht zur Erstattung von Auslagen wird durch die Gebührenfreiheit nicht berührt (vgl. § 5 Abs. 4 GebG).

3.4.2 Gebührenfreiheit nach der Gebührenfreiheitsverordnung (§ 11 Abs. 2 GebG)

In der Verordnung über Freiheit von Verwaltungsgebühren in bestimmten Fällen (Gebührenfreiheitsverordnung – GebFreiVO -) sind die Institutionen aufgeführt, die von der Zahlung von Gebühren befreit sind.

Dazu hat die Finanzbehörde Erläuterungen herausgegeben - siehe unter Nr.7 des BPD.

Die Pflicht zur Erstattung von Auslagen wird durch die Gebührenfreiheit nicht berührt (vgl. § 5 Abs. 4 GebG).

3.4.3 Gebührenfreiheit bei der Durchführung von Film- und Fernsehaufnahmen

Nach § 6 Ziffer 4 der GebFreiVO sind Amtshandlungen, die der Durchführung von Film- und Fernsehaufnahmen der Medienwirtschaft dienen, von der Pflicht zur Zahlung von Verwaltungsgebühren befreit.

Die Pflicht zur Erstattung von Auslagen wird durch die Gebührenfreiheit nicht berührt (vgl. § 5 Abs. 4 GebG).

3.4.4 Erstattungspflicht zwischen Behörden sowie mit Landesbetrieben und Sondervermögen

Die Erstattungspflicht zwischen Behörden und mit Landesbetrieben ist in § 61 der Landeshaushaltsordnung und den dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften geregelt, siehe auch unter Nr.7 des BPD.

Danach besteht für sogenannte „Produktleistungen“ wie zum Beispiel die Erteilung einer Baugenehmigung oder die Eintragung einer Baulast zwischen den Behörden der FHH eine Erstattungspflicht.

Die Erstattungspflicht entfällt grundsätzlich, wenn der ermittelte Erstattungsbetrag je Antrag niedriger als 100 € ist (Bagatellgrenze).

Im Verkehr mit Landesbehörden, Sondervermögen mit Wirtschaftsplänen und netto-veranschlagten Einrichtungen gilt abweichend davon eine Bagatellgrenze von 10 €. Die anspruchsberechtigte Dienststelle kann bei Beträgen bis zu 500 € auf die Geltendmachung des Erstattungsanspruchs verzichten.

Anlässlich eines Einzelfalls hat die Finanzbehörde festgestellt, dass das grundsätzlich auch für die Eintragung von Baulasten für die Finanzbehörde/Immobilienmanagement gilt.

Innerhalb einer Behörde besteht grundsätzlich keine Erstattungspflicht (Nr.1.4 der VV zu § 61 LHO).

Lediglich im Verkehr mit Landesbetrieben, Sondervermögen mit Wirtschaftsplänen und netto-veranschlagten Einrichtungen sind auch innerhalb einer Behörde Erstattungen durchzuführen.

Im Übrigen sollen Erstattungen innerhalb einer Behörde nur vorgenommen werden, wenn die Beträge einem Dritten in Rechnung zu stellen sind oder wenn dies aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll ist. Die bzw. der Beauftragte für den Haushalt bestimmt diese Fälle.

Die Geltendmachung der Erstattung zwischen Behörden und den Landesbetrieben erfolgt mit einem Erstattungsbescheid - siehe auch Nummer 4.5 des BPD.

3.4.5 Gebührenpflicht für stadteneigene Unternehmen sowie für Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Die Gebührenpflicht besteht grundsätzlich auch für die stadteneigenen Unternehmen in privater Rechtsform wie z.B. die Saga-GWG, die ReGe-Hamburg und die Sprinkenhof Immobilien Management GmbH.

Das gilt auch für die Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts der FHH, wie z.B. die Stadtreinigung Hamburg oder das UKE.

3.4.6 Gebührenpflicht für Konsulate

Die Bauvorhaben für konsularische Vertretungen, wie Neu-, An- und Umbauten sowie die Nutzungsänderungen vorhandener Bauten sind uneingeschränkt baugenehmigungsbedürftig. Die von den konsularischen Vertretungen eingereichten Bauanträge müssen unter Beachtung aller bestehenden baurechtlichen Vorschriften geprüft und die Baudurchführung muss überwacht werden. Von Konsulaten sind daher grundsätzlich Baugebühren zu erheben. (Gesetz zu dem Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (WÜK) vom 26. August 1969 (BGBl. Teil II Seite 1585). Im Übrigen wird auf das Gebührenrundsreiben Nr. 3/89 der Finanzbehörde vom 17.05.1989 und auf die Richtlinien über den amtlichen Verkehr mit Diplomaten, sonstigen bevorrechtigten Personen, dem Ausland und ausländischen Dienststellen der Senatskanzlei (MittVw 1975 Seite 314 ff.) hingewiesen.

3.5 Nachweis für die Gebührenermittlung (§ 13 GebG und § 3 Abs.5 BauGebO)

Die oder der Gebührenpflichtige hat die zur Errechnung der Gebühr maßgeblichen Kostennachweise mit dem Antrag vorzulegen (§ 3 Abs.5 BauGebO).

Dafür steht der Vordruck „Anlage - Gebühren“ als Anlage zum Bauantrag zur Verfügung. Der Vordruck kann auch über die Internet-Seiten der Freien und Hansestadt Hamburg abgerufen werden.

Werden die zur Errechnung der Gebühr erforderlichen Nachweise nicht mit dem Antrag eingereicht, werden sie unverzüglich nachgefordert.

Nach § 13 GebG haben die Gebührenpflichtigen Mitwirkungspflichten. Das bedeutet auch, dass die für die Errechnung der Gebühr erforderlichen Nachweise so aufzugeben sind, dass die Bauaufsichtsbehörde mit geringem Prüfaufwand die Plausibilität der Angaben nachvollziehen kann. Dazu können auch die erforderlichen Berechnungen, z.B. zum Brutto-Rauminhalt des Gebäudes, angefordert werden.

Werden die Nachweise zur Errechnung der Gebühr nicht nachgereicht, führt das nicht zur Unvollständigkeit des Bauantrages im Sinne von § 70 HBauO, d.h. es werden keine Fristen gehemmt und der Bauantrag gilt auch nicht wegen Unvollständigkeit als zurückgenommen.

Weisen Gebührenpflichtige die maßgeblichen Kosten nach § 3 BauGebO nicht nach oder sind diese offensichtlich unzutreffend, kann die Bauaufsichtsbehörde diese nach § 3 Abs.5 BauGebO schätzen. Bei der Schätzung der anrechenbaren Kosten können die maßgeblichen Kubikmeter überschlägig ermittelt werden. Detaillierte Kubikmeter-Berechnungen müssen nicht vorgenommen werden. Sind die Herstellungskosten die maßgeblichen Kosten, reicht eine Kostenschätzung aus, die nicht besonders detailliert sein muss.

3.6 Gebührenvorauszahlung (§ 18 GebG, § 7 BauGebO)

Nach § 18 Abs. 1 GebG kann die gebührenpflichtige Amtshandlung von Vorauszahlungen bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Diese Regelung gilt auch für die Prüfung von Genehmigungsanträgen durch die Bauaufsichtsbehörden.

Ziel der Regelung ist die Sicherstellung, dass gebührenpflichtige Tätigkeiten nur erbracht werden, wenn die entsprechende Gebühr auch gezahlt wird. Daraus folgt, dass eine Pflicht zum Beginn der Prüftätigkeit erst dann besteht, wenn die Vorauszahlung geleistet wird.

Zwar ist es damit auch im § 61-Verfahren möglich, den Beginn der Bearbeitung von der Vorauszahlung der Baugebühr abhängig zu machen, Dabei ist aber zu beachten, dass die Genehmigungsfiktion nach § 61 Abs. 3 Satz 4 HBauO – sofern vollständige Unterlagen vorliegen – gerade unabhängig davon eintritt, ob ein Bauantrag bearbeitet wurde oder unbearbeitet geblieben ist. Dabei dürfte es nicht zulässig sein, etwa den Nachweis der gezahlten Baugebühr in derartigen Fällen als „weitere Bauvorlage“ zu qualifizieren, die nach § 1 Abs. 7 BauVorlVO gefordert werden könnte; „vollständig“ im Sinne von § 61 Abs. 3 Satz 1 HBauO sind die jeweiligen Bauvorlagen nach der Kommentierung zur HBauO § 61 Rz. 46 bereits dann, wenn sie alle für eine sachgerechte Beurteilung des Vorhabens erforderlichen Informationen liefern. Daraus folgt, dass die Fiktionswirkung nach § 61 Absatz 3 Satz 4 HBauO eintreten kann, obwohl die Vorauszahlung nicht geleistet wurde, denn die Fiktionswirkung knüpft allein an den Umstand an, dass die gesetzlich vorgegebene Bearbeitungszeit ohne Ergebnis verstrichen ist.

Für die Praxis der Bauaufsichtsbehörde empfiehlt sich folgendes Vorgehen: Sofern die Forderung einer Vorauszahlung gerechtfertigt ist, wird die Bauaufsichtsbehörde nach Eingang des Antrags den Antragsteller auffordern, die Vorauszahlung zu leisten, wobei der Hinweis, dass mit der Bearbeitung des Antrags erst nach Eingang der Vorauszahlung begonnen wird, unterbleibt. Im Übrigen erfolgt die Bearbeitung wie wenn gezahlt worden wäre. Entsprechend der Nr. 1.2 der Anlage 1 BauGebO wird die Gebühr auch bei Eintritt der Genehmigungsfiktion erhoben. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, dass ein Fiktionseintritt nach dem Fristablauf gemäß § 61 Abs. 3 Satz 5 HBauO nunmehr von Amts wegen zu bestätigen wäre.

Die Forderung einer Vorauszahlung ist ein Verwaltungsakt betreffend die Erhebung einer Gebühr. Ein dagegen eingelegter Widerspruch hätte gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 1 VwGO keine aufschiebende Wirkung, denn Gebühren sind „öffentliche Abgaben“ im Sinne dieser Vorschrift. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung wäre deshalb nicht erforderlich.

Für die Ermessensentscheidung, ob eine Vorauszahlung zu erheben ist, werden in der Praxis in erster Linie persönliche Gründe in Betracht kommen (z. B. Wohnsitz des Antragstellers im Ausland, Schwierigkeiten bei der Zahlung von bisherigen Gebührenfestsetzungen).

Die Festsetzung einer vorläufigen Gebühr ist unzulässig.

In § 7 BauGebO ist die Befugnis für das Verlangen von Vorauszahlungen auch auf die zu erwartenden Prüfgebühren für zu beauftragende Sachverständige erweitert worden.

4 Gebührenermittlung und -bescheid

Für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Bauwesens sind Gebühren entsprechend den Gebührentatbeständen nach

- der Baugebührenordnung
- der Anlage zum Gebührengesetz
- anderen Gebührenordnungen

zu erheben.

§ 1 Abs.2 Satz 1 BauGebO trifft Regelungen zu den Gebühren im Baugenehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung nach § 62 HBauO – siehe Nr. 4.2 des BPD.

4.1 Gebührenermittlung nach der BauGebO

4.1.1 Mindestgebühr (§ 2 Absatz 1 BauGebO)

Die generelle Mindestgebühr gilt, sofern in der Anlage 1 zur BauGebO nicht eine höhere (z.B. Nr. 2.3) oder niedrigere (z.B. Nr. 5.3) Gebühr festgesetzt ist.

Die Mindestgebührenregelung greift auch dann, wenn bei der Gebührenermäßigung nach § 5 Abs. 1 bis 4 BauGebO (bei gleichen Gebäuden oder gleichen baulichen Anlagen und bei typengenehmigten baulichen Anlagen) eine Gebühr unterhalb der Mindestgebührengrenze errechnet wird.

Lediglich Ermäßigungen nach § 12 GebG können zu Gebühren unterhalb der in § 2 Absatz 1 festgesetzten Mindestgebühr führen.

4.1.2 Gebühren nach Zeitaufwand (§ 2 Absatz 2 BauGebO)

Bestehen für gebührenpflichtige Amtshandlungen auf dem Gebiet des Bauwesens in der Anlage 1 BauGebO keine konkreten Gebührentatbestände, sind Gebühren für Amtshandlungen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 1 GebG (willentliche Inanspruchnahme der Verwaltung) nach Zeitaufwand zu erheben (§ 2 Abs. 2 BauGebO).

Dabei sind die in § 2 Abs.3 BauGebO festgelegten Gebührensätze je angefangene halbe Arbeitsstunde zu Grunde zu legen.

Daneben gelten selbstständig die Gebührenregelungen nach dem Gebührengesetz und anderen Gebührenordnungen.

Die in der Ablage 1 zur BauGebO enthaltenen Rahmengebühren (z.B. für die Erteilung einer planungsrechtlichen Befreiung nach Nr.2.3) werden auf Grundlage des mit der Amtshandlung verbundenen Zeitaufwandes bemessen. Dabei werden alle mit wirkenden Bediensteten - auch die anderer Dienststellen- einbezogen; der jeweilige Zeitaufwand wird erfasst.

4.1.3 Anrechenbare Kosten (§ 3 Abs.2 BauGebO)

Die für die Gebührenermittlung maßgeblichen Kosten sind nach den anrechenbaren Kosten zu ermitteln, wenn die Neubauten einer Gebäudeart nach Anlage 2 zur BauGebO mit den zugehörigen Anrechnungswerten (in Euro/m³) zuzuordnen sind. Bei den Anrechnungswerten handelt es sich um objektiv ermittelte Kubikmeterpreise, die mit den tatsächlich anfallenden Kosten wie z.B. den Rohbaukosten nicht unmittelbar ver-

gleichbar sind. Bei der Zuordnung zur Gebäudeart kommt es somit auch nicht auf die tatsächliche Ausführung und die damit verbundenen tatsächlichen Rohbau- oder Herstellungskosten an.

Anbauten oder Aufbauten können als Neubauten nach Anlage 2 abgerechnet werden; Umbaukosten an den vorhandenen Gebäudeteilen werden als Herstellungskosten nach § 3 Abs. 3 BauGebO hinzugerechnet.

Für die oben beschriebenen Neubauten berechnen sich die anrechenbaren Kosten aus dem Brutto-Rauminhalt des Gebäudes nach DIN 277 - Grundflächen und Rauminhalte von Bauwerken im Hochbau - vervielfältigt mit den Anrechnungswerten je Kubikmeter Brutto-Rauminhalt nach Anlage 2 zur BauGebO. Für die Bemessung der Gebühren nach den Nummern 4.1 bis 4.17 der Anlage 1 BauGebO werden die in der Fußnote der Anlage 2 BauGebO aufgeführten Zuschläge berücksichtigt.

Die Anrechnungswerte der Anlage 2 zur BauGebO werden jährlich von der Behörde für Stadtentwicklung- ABH fortgeschrieben und grundsätzlich im Amtlichen Anzeiger bekanntgegeben.

4.1.4 Herstellungskosten (§ 3 Abs.3 BauGebO)

Die für die Gebührenermittlung maßgeblichen Kosten sind nach den Herstellungskosten zu ermitteln,

- bei Neubauten, sofern eine einwandfreie Zuordnung zu den Gebäudearten nach Anlage 2 BauGebO nicht möglich ist und
- bei Umbauten (z. B. Ausbauten, Erweiterungen, Änderungen).

Zu den Herstellungskosten gehören alle Kosten, die zur Fertigstellung erforderlich sind, auch die Planungskosten. Zu den Herstellungskosten gehört nicht die auf die Kosten entfallende Umsatzsteuer.

Zu den Herstellungskosten werden regelmäßig die folgenden Kostengruppen der DIN 276 gehören: 230, 300, 410 bis 460, 520 und 530 (soweit Bestandteil des Baugenehmigungsverfahrens).

Werden **Eigenleistungen** erbracht, von Unternehmen oder Lieferanten sonst nicht übliche Vergünstigungen eingeräumt, Lieferungen oder Leistungen in Gegenrechnung ausgeführt oder vorhandene oder vorbeschaffte Bauteile oder Baustoffe verwendet, so werden die anrechenbaren Kosten nach den für diese Arbeiten und Leistungen zu erbringenden üblichen Unternehmerleistungen angesetzt.

4.1.5 Gebäude mit gemischter Nutzung (§ 3 Abs.4 BauGebO)

Bei Gebäuden mit gemischter Nutzung ist für die Ermittlung der anrechenbaren Kosten von Neubauten § 3 Absatz 4 BauGebO anzuwenden. Danach ist die offensichtlich überwiegende Nutzung eines Gebäudes maßgebend. Ob eine Nutzung offensichtlich überwiegt, wird in Abhängigkeit von der Gebäudeart (Nutzungsart) und der räumlichen Anordnung der Gebäudeteile geprüft.

Bei der mit dieser Regelung verbundenen Pauschalierung wird das Ziel im Vordergrund stehen, unwesentliche Anteile eines Vorhabens gebührentechnisch nicht besonders behandeln zu müssen. Von dem offensichtlichen Überwiegen einer Nutzung kann deshalb im Regelfall dann ausgegangen werden, wenn eine Nutzung einen Anteil in einer Größenordnung von 90 % des Gesamtvolumens (Kubikmeter) beinhaltet. In allen anderen Fällen gilt dann die Regelung nach § 3 Abs. 4 Satz 2 BauGebO bzw. nach Anlage 2 zur BauGebO. Danach sind bei Gebäuden mit gemischter Nutzung für die Gebäudeteile mit verschiedenen Nutzungsarten die anrechenbaren Kosten anteilig zu ermitteln. Dies gilt

nicht für Nutzungsarten, die nur Nebenzwecken dienen; diese sind den jeweiligen Hauptnutzungsarten zuzuordnen (Fußnote Anlage 2).

Besteht ein Gebäude z. B. zu 75 % aus einer Halle und zu 25 % aus einem Bürokopfbau, so wird dieses Gebäude differenziert jeweils nach den anrechenbaren Kosten für die Halle und den anrechenbaren Kosten für die Büronutzung abgerechnet. Werden z.B. in einem Bürogebäude nur einzelne Räume für Lagerzwecke genutzt, ist das Gebäude mit den anrechenbaren Kosten für die Büronutzung abzurechnen.

4.1.6 Gebührenermäßigungen (§ 5 BauGebO)

a) Gebührenermäßigung für die Baugenehmigungsgebühr (§ 5 Absatz 1):

Ermäßigungen sind **nur für die Grundgebührentatbestände nach Nr. 1.1, 1.2 und 1.3** der Anlage 1 zur BauGebO vorgesehen, wenn die nachfolgenden Voraussetzungen insgesamt erfüllt sind:

- Es muss sich um mehrere **gleiche Gebäude** oder andere gleiche bauliche Anlagen handeln.

Bauliche Anlagen sind auch dann noch als gleich anzusehen, wenn bei im Übrigen gleichem Grundriss und gleicher Konstruktion eine Kelleraußentreppe oder ein Fenster fehlt oder zusätzlich angeordnet wird und ein Mehraufwand dadurch nicht entsteht. Das gilt entsprechend auch für die spiegelbildliche Anordnung von Gebäuden/baulichen Anlagen. Als gleiche Gebäude werden in der Regel angesehen: Reihenhäuser (End- und Mittelreihenhäuser sind getrennt zu berechnen) Doppelhäuser mit gleichem Grundriss und gleicher Konstruktion, Wohnblöcke bestehend aus gleichen Einzelgebäuden.

- Die baulichen Anlagen müssen im **räumlichen Zusammenhang** stehen.

Als räumlicher Zusammenhang wird die unmittelbare Nachbarschaft angesehen; die Verringerung des Prüfaufwandes muss deutlich ablesbar sein.

- Die Bauanträge und Bauvorlagen müssen **gleichzeitig** zur Prüfung vorgelegt werden. Das gilt auch, wenn mit einem Antrag mehrere Gebäude beantragt werden.

Grundsätzlich bedeutet "gleichzeitig", dass sämtliche Anträge und Vorlagen zugleich eingereicht werden. Darüber hinaus kann diese Voraussetzung auch dann noch als erfüllt angesehen werden, wenn mit der Bearbeitung eines Vorganges noch nicht begonnen worden ist und somit die Verringerung des Prüfaufwandes weiterhin gegeben ist. Spätestens mit der Versendung der Eingangsmitteilung kann die Voraussetzung "gleichzeitig" auch unter Anwendung sehr großzügiger Maßstäbe nicht mehr als erfüllt angesehen werden.

- Die Bauanträge müssen **aufeinander Bezug nehmend** zur Prüfung vorgelegt werden.

Zur Erfüllung dieser Voraussetzung ist es ausreichend, wenn in den Bauvorlagen die jeweils anderen gleichartigen Bauvorhaben zumindest im Lageplan mit dargestellt sind. Andernfalls genügt auch ein schriftlicher Hinweis des Antragstellers, dass die eingereichten Vorhaben aufgrund ihrer Gleichheit einer einheitlichen Beurteilung zugänglich sind. Bei der Prüfung dieser Voraussetzungen wird im Zweifelsfall zugunsten des Antragstellers entschieden.

Die Ermäßigungen rechtfertigen sich durch die Verringerung des Prüfaufwandes. Es ist nicht erforderlich, dass die Anträge vom selben Antragsteller gestellt werden. Ggf. genügt auch ein Antrag für mehrere gleiche Bauvorhaben.

b) Gebührenermäßigung bei gleichen Standsicherheitsnachweisen (§ 5 Abs.2)

Ermäßigungen sind nur für die **Gebührentatbestände nach den Nrn. 4.1 bis 4.9 und 4.12** der Anlage 1 zur BauGebO vorgesehen, wenn die nachfolgenden Voraussetzungen erfüllt sind (siehe hierzu auch die Anmerkungen zu § 5 Abs. 1; auf die Mindestgebührenregelung ist zu achten):

- Es muss sich um mehrere **gleiche Gebäude** oder gleiche bauliche Anlagen handeln.
- Die baulichen Anlagen müssen im **räumlichen Zusammenhang** stehen.
- Die Nachweise müssen **gleichzeitig** zur Prüfung vorgelegt werden.

Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist dem Amt für Bauordnung und Hochbau - Prüfstelle für Baustatik - durch die Bauprüfdienststelle mitzuteilen.

c) Verteilung der Ermäßigung auf die Bauanträge (§ 5 Abs.3)

Werden bei gleichen Vorhaben, die die Voraussetzungen für die Gebührenermäßigungen nach § 5 Abs. 1 und 2 BauGebO erfüllen, Anträge für einzelne **Vorhaben zurückgenommen oder abgelehnt**, so werden die Gebühren unter Einbeziehung der zurückgenommenen bzw. abgelehnten Vorhaben verteilt, sofern mit der sachlichen Bearbeitung begonnen worden ist. Auf die zusätzlich erforderlichen Ermäßigungen nach § 12 Abs. 2 GebG für Zurücknahmen (50 %) und Ablehnungen (25 %) wird hingewiesen.

d) Ermäßigung bei Typengenehmigungen

Voraussetzung für die Ermäßigung nach Absatz 4 ist, dass die baulichen Anlagen **in allen Teilen** nach **Typengenehmigungen** ausgeführt werden können.

Fertighäuser sind in der Regel ab Oberkante der Fundamente oder der Kellerdecke typengenehmigt; das bedeutet, dass diese bauliche Anlage nicht "in allen Teilen" nach bereits geprüften Bauvorlagen ausgeführt werden kann. Die Voraussetzungen der Ermäßigung nach Absatz 4 sind somit nicht gegeben.

4.1.7 Gebührentatbestände der Anlage 1 BauGebO

Zu den in der Anlage 1 enthaltenen Rahmengebühren wird auf die Ausführungen unter Nr. 4.1.2 des BPD verwiesen.

Zu Nummer 1.5:

Dieser Gebührentatbestand erfasst die selbständigen Aufschüttungen und Abgrabungen nach § 2 Abs. 1 Nr.12 HBauO (bauliche Anlagen kraft gesetzlicher Zuweisung), die im Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO beschieden werden.

Zu Nummer 1.7:

Der Begriff "Nutzungen" erfasst nicht die Fälle einer erstmaligen Nutzungsgenehmigung, diese ist Bestandteil der Baugenehmigung.

Zu Nummer 1.11:

Die Gebühr wird in Abhängigkeit von dem Umfang der gestellten Fragen und dem damit verbundenen Prüfaufwand bemessen - siehe auch Nr.4.1.2 des BPD.

Für die im Rahmen eines Vorbescheides erteilten Abweichungen, Befreiungen und Ausnahmen werden neben der Vorbescheidsg Gebühr auch die Gebühren nach Nummern 2.1 bis 2.3 erhoben.

Dies gilt auch, wenn Befreiungen und Ausnahmen abgelehnt werden. In diesem Fall werden neben der Gebühr für den Vorbescheid um ein Viertel gekürzte Gebühren nach Nummern 2.1 bis 2.3 erhoben (siehe § 12 Abs. 2 Satz 2 GebG).

Führt der erteilte Vorbescheid ohne wesentliche Änderung zu einer Baugenehmigung, so wird die Hälfte der Vorbescheidsg Gebühr (ohne Gebühren für die bereits erteilten Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen) auf die Baugenehmigungsgebühr auch dann angerechnet, wenn Vorbescheid und Baugenehmigung **nicht** von derselben Antragstellerin oder demselben Antragsteller stammen.

Soweit die im Vorbescheid erteilten Ausnahmen oder Befreiungen ohne erneute Prüfung lediglich redaktionell in den Baugenehmigungsbescheid aufgenommen werden, wird keine nochmalige Gebühr nach Nr.2.1 bis 2.3 erhoben.

Zu Nummer 1.14:

Die Gebühr für Änderungsanträge wird erhoben, wenn

- Bauanträge geändert werden sollen und die Baugenehmigung noch nicht erteilt wurde oder
- die bereits genehmigten, aber noch nicht oder nicht vollständig ausgeführten Vorhaben geändert werden sollen.

Änderungen nach Innutzungnahme des Vorhabens werden gebührenrechtlich wie neu eingegangene Bauanträge abgewickelt.

Sollen lediglich Teile des ursprünglichen Bauantrages präzisiert werden (z. B. wenn die Unterlagen über die Lüftungsanlage nachgeliefert werden, die bereits ohne nähere Präzisierung in den Antragsunterlagen vorgesehen war), liegt keine Änderung des Bauantrages vor.

Zu Nummer 1.15:

Im Falle der Rücknahme eines Bauantrages nach § 70 Abs.3 HBauO wegen unvollständiger Bauvorlagen und Fristablauf kommt § 12 GebG nicht zur Anwendung. In diesem Fall wird die Gebühr auf Grundlage der Nr. 1.15 Anlage 1 BauGebO erhoben. Bei der Gebührenbemessung ist der Aufwand maßgebend, der mit der Bearbeitung des Bauantrages im konkreten Fall verbunden war (siehe auch Ausführungen unter Nr.4.2 zu Rahmengebühren).

Zu Nr.2.1 bis 2.3:

Gilt **eine** Abweichung, **eine** Ausnahme oder **eine** Befreiung bei **einer** in sich abgeschlossenen baulichen Anlage für mehrere einander genau entsprechende Fälle - z. B. **eine** Befreiung für die Überschreitung der Baugrenze an **mehreren** Stellen jeweils in der gleichen Richtung - und findet insofern eine Prüfung der Voraussetzungen für die Ertei-

lung der Abweichung, Ausnahme oder Befreiung nur einmal statt, so wird auch der Gebührensatz nur **einmal** - jedoch für jede bauliche Anlage - zugrunde gelegt.
Zur Höhe der Gebühr siehe auch Nr.4.1.2 des BPD.

Die unter Nummer 2.2 und 2.3 aufgeführten Ausnahmen und Befreiungen von sonstigen Vorschriften beziehen sich auf solche Vorschriften auf dem Gebiet des Bauwesens, für die die Bauaufsicht zuständig ist wie z.B. die Hamburgische Klimaschutzverordnung und die Energieeinsparverordnung.

Zu Nummer 2.4:

Die Gebührenpflicht entsteht durch die Eintragung oder Löschung einer Baulast durch die Bauaufsichtsbehörde. Gebührenpflichtig ist in der Regel der Begünstigte der Baulast, da ihm das Handeln der Behörde zugutekommt bzw. sie in seinem überwiegenden Interesse vorgenommen wird (§ 9 Abs.1 GebG) - siehe auch Nr. 3.1 des BPD.

Der Gebührenansatz erfolgt für jede einzelne eingetragene oder gelöschte Baulast. Enthält eine Verpflichtungserklärung mehrere Baulasten, so wird die Gebühr für jede Baulast festgesetzt.

Für Auszüge und Kopien werden Gebühren nach der Anlage zum Gebührengesetz (GebG) festgesetzt.

Zu Nummer 6.1.3:

Unter Grundfläche ist die Bruttogrundfläche zu verstehen.

Zu Nummer 9:

Die nach §§ 172 und 173 BauGB erforderlichen Genehmigungen sind gebührenpflichtig. Die Gebühr wird neben der Genehmigungsgebühr nach Nr.1 Anlage 1 erhoben.

Zu Nummer 10.2:

Wird dieselbe Akte an verschiedenen Tagen von demselben Antragsteller eingesehen, dann ist für jede einzelne Einsichtnahme die Gebühr zu erheben.

Zu Nummer 10.3 - Beratungsgebühr:

Anwendungsbereich:

- Der Gebührentatbestand erfasst im Grundsatz jede Beratung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bauaufsicht außerhalb eines bauaufsichtlichen Genehmigungsverfahrens von mehr als 15 Minuten Dauer.
- Dazu gehören zum Beispiel Beratungen im Vorwege von Baugenehmigungsverfahren, im Vorwege von Vorbescheidverfahren oder vor der Beantragung von Abweichungen, Ausnahmen oder Befreiungen bei verfahrensfreien Vorhaben.
- Ebenfalls erfasst werden allgemeine, nicht fallbezogene Auskünfte zum Beispiel zur Bebaubarkeit eines Grundstücks oder zu Abstandsflächenregelungen der HBauO.
- Die Beratungsgebühr wird nicht erhoben bei Auskünften an Nachbarn, die sich im laufenden Verfahren über das Vorhaben informieren wollen.

- Ebenfalls keine Gebühr wird erhoben bei Beschwerden z.B. zu baurechtswidrigen Zuständen oder zu Belästigungen.
- Einfache mündliche und schriftliche Auskünfte sind gebührenfrei (siehe auch Nr. 3.3 des BPD). Sie werden regelmäßig innerhalb des gebührenfreien Zeitaufwandes von 15 Minuten bearbeitet werden können.

Höhe der Beratungskosten:

- Bis zu 15 Minuten sind gebührenfrei.
- Sobald 15 Minuten überschritten werden, kostet die Beratung je angefangene halbe Stunde 26 Euro, d.h. bis 30 Minuten = 26 Euro, bis 60 Minuten = 52 Euro usw. (Gebührensätze Stand 01.2011).
- Die Beratungsgebühr fällt nicht für jeden einzelnen Mitarbeiter an, der eventuell zum Gespräch hinzugezogen wird.

Ablauf der Gebührenerhebung:

- Die Hinweise auf die Gebührenpflicht und die Abrechnungsmodalitäten sollen gleich zu Beginn des Beratungsgespräches gegeben werden.
- Die Dauer der Bauberatung und die wesentlichen Beratungsinhalte sollten dokumentiert werden.
- Um den Verfahrensaufwand bei der Gebührenerhebung möglichst gering zu halten, können die Kosten unmittelbar nach Beendigung des Beratungsgespräches mittels EC-Cash oder mittels Kassenautomaten in den Foyers der WBZ abgerechnet werden.
Eine Abrechnung mittels Gebührenbescheid wird z.B. bei schriftlichen Beratungen erfolgen müssen.

Zu Nummer 12:

Die Einsichtnahme in eine Akte zum Zweck des Ausleihens von Zeichnungen oder Berechnungen wird nach Nr. 10.2 der Anlage 1 zur BauGebO gesondert berechnet.

Der Tag, an dem die Zeichnungen oder Berechnungen der Gebührenpflichtigen oder dem Gebührenpflichtigen ausgehändigt werden, wird bei der Frist nicht mitgerechnet (vgl. § 187 Abs. 1 BGB). Der Tag, an dem die Unterlagen zurückgegeben werden, wird bei der Frist mitgerechnet (vgl. § 188 BGB).

Zu Nummer 13:

Bei der Festsetzung der Gebühr wird von den vorgenannten Grundsätzen und den Gebührengrundsätzen des § 6 des Gebührengesetzes ausgegangen. Die Regelungen der Nr. 13 der Anlage 1 zur BauGebO gehen den Regelungen der Nr. 7 der Anlage zum GebG vor.

4.1.8 Anmerkungen zu den Gebäudearten der Anlage 2 BauGebO

Zu Nr.1 Wohngebäude

Alle Gebäude, die dem dauernden Wohnen dienen: Einfamilienhäuser / Mehrfamilienhäuser / Wohnhochhäuser / Altenwohnheime für Bewohner mit selbständiger Lebensführung / Wohnheime für Studenten, Lehrlinge und Schwestern / Wintergärten, die dauernd bewohnbar sind.

Zu Nr.2 Wochenendhäuser

Wochenendhäuser sind innerhalb Hamburgs wegen fehlender planungsrechtlicher Grundlagen nicht zulässig.

Lauben sind nicht als Wochenendhäuser einzustufen, sie werden nach § 3 Abs. 3 BauGebO (Herstellungskosten) abgerechnet.

Zu Nr.3.2 Arztpraxen

Dazu gehören auch medizinische Untersuchungs- und Behandlungsinstitute, wie z. B. Röntgen- und Heilgymnastikpraxen sowie medizinische Badeeinrichtungen.

Zu Nr.4 Schulen

Diese Gebäudeart wird unabhängig von der Schulart angewendet, d. h. von der Sonderschule bis zur Hochschule.

Zu Nr.5 Kindergärten

Hierunter fallen auch Kindertagesstätten und Kindertagesheime.

Zu Nr.6.1 Hotels, Pensionen bis 60 Betten

Alle Gebäude des Beherbergungsgewerbes:
Hospize / Gasthöfe mit Übernachtungsmöglichkeit / Erholungsheime / Jugendherbergen.

Zu Nr. 6.2 Heime bis 60 Betten

Alle Heime für Bewohner mit unselbständiger Lebensführung, wie Altenpflegeheime / Obdachlosenheime / Fürsorgeeinrichtungen.

Zu Nr.7.1 Hotels, Pensionen mit mehr als 60 Betten wie Nr. 6.1

Zu Nr.7.2 Sanatorien mit mehr als 60 Betten

Dazu gehören Kur-, Heil- und Pflegeanstalten.

Zu Nr.7.3 Heime mit mehr als 60 Betten wie Nr. 6.2

Zu Nr.8. Krankenhäuser

Dazu gehören Hospitäler, Kliniken, Unfallstationen.

Zu Nr.9 Versammlungsstätten, soweit diese nicht unter Nr. 7 oder 12 fallen

Neben den genannten Fest-, (aufwendigen) Mehrzweckhallen und Lichtspieltheatern werden dieser Gebäudeart hinzugerechnet:

Theater / Opernhäuser / Konzerthäuser / Museen / Bibliotheken / Gemeindehäuser

Zu Nr.10 Kirchen

Das gilt unabhängig von der Religionsgemeinschaft.

Zu Nr.12. Turn- und Sporthallen, einfache Mehrzweckhallen

Hier werden alle Hallen erfasst, die nicht zugleich Versammlungsstätten nach Nr. 9 sind und soweit sie nicht unter Nr. 21 einzuordnen sind.

Zu Nr.15 Eingeschossige Verkaufsstätten

Hierunter fallen alle eingeschossigen Betriebsgebäude des Einzel- und Großhandels, wie Geschäftshäuser / Kaufhäuser / Warenhäuser / Gemeinschaftswarenhäuser / Supermärkte / Verbrauchermärkte / Selbstbedienungsmärkte / Einkaufszentren.

Eine Ladenzeile in einem Geschoss unterhalb darüber liegender Bürogeschosse wird gebührenrechtlich nicht als eingeschossige Verkaufsstätte nach Nr.15 behandelt und kann daher nicht nur anteilig mit dem Anrechnungswert nach Nr.15 berücksichtigt werden; vielmehr wird der Anrechnungswert nach Nr.16 angesetzt. Die gebührenrechtliche Privilegierung der Nr.15 gilt nur für eingeschossige Verkaufsstätten, die wie die bekannten Discounter oder Verbrauchsmärkte nach ihrer Fertigstellung nur über insgesamt ein Geschoss verfügen. Eingeschossige Verkaufsstätten können daher schon dem Grunde nach nicht Teil eines Gebäudes mit gemischter Nutzung sein. Diese Lösung ergibt sich aus einem Vergleich der Höhe der Anrechnungswerte der Nummern 15 (eingeschossige Verkaufsstätten) und 21 (eingeschossige Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäude mit nicht geringen Einbauten) sowie der Nummern 16 (mehrgeschossige Verkaufsstätten) und 3 (Büro- und Verwaltungsgebäude, Banken und Arztpraxen). Die erstgenannten Gebäudearten weisen nur geringfügig voneinander abweichende Anrechnungswerte auf, da diese niedrigen Konstruktionen bautechnisch deutlich weniger anspruchsvoll als mehrgeschossige Gebäude sind, deren untere Geschosse sehr viel höhere Lasten aufnehmen bzw. abführen müssen.

Andererseits sind die Anrechnungswerte der Nummern 3 und 16 identisch, wodurch zum Ausdruck kommt, dass bei der Zuordnung des Anrechnungswerts zu diesen Gebäudearten von direkt vergleichbaren Konstruktionsmerkmalen und Lastannahmen ausgegangen wurde. Es wäre auch in keiner Weise zu begründen, wieso vor diesem Hintergrund die Verkaufsstätte im Erdgeschoss eines Bürogebäudes gebührenrechtlich anders zu behandeln sein sollte, als das Erdgeschoss einer mehrgeschossigen Verkaufsstätte.

Zu Nr.16 Mehrgeschossige Verkaufsstätten
wie Nr. 15, nur mehrgeschossig.

Zu Nr.17 Kleingaragen

Carports zählen nicht zu den Kleingaragen, sie werden nach Nr. 26 abgerechnet.

Zu Nr.21 Eingeschossige Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäude sowie
Tennis- und Sporthallen

Im Unterschied zu Nr. 12 sind hier solche Tennis- und Sporthallen gemeint, die einen geringeren Prüfaufwand erfordern, wie z. B. Traglufttennishallen.

Von nicht geringen Einbauten wird ausgegangen, wenn z. B. Bühnen, Kranbahnen, Meisterbüros oder Arbeitsgruben in die Hallen eingebaut werden und deshalb ein zusätzlicher Prüfaufwand erforderlich ist.

Die anrechenbaren Kosten nach Nr. 21.2 werden mit den Kostenwerten der einzelnen Degressionsbereiche berechnet und dann zur Gesamtsumme addiert.

Zu Nr.23 Mehrgeschossige Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäude mit Einbauten
Im Gegensatz zu Nr. 21 werden hier auch Gebäude mit nur geringen Einbauten eingeordnet.

Zu Nr. 26 Schuppen, offene Feldscheunen und ähnliche Gebäude
Hierunter fallen z. B. auch Carports, oberirdische Kellerersatzräume.

Die „Zuschlagsregelungen“ im Ergänzungstext zur Anlage 2 gelten ausschließlich für die Bemessung der Gebühren nach den Nummern 4.1 bis 4.17.
Bezüglich der anteiligen Ermittlung der anrechenbaren Kosten nach den verschiedenen Nutzungen wird auch auf die Anmerkung zu § 3 Abs. 4 BauGebO (Nr. 4.1.5 des BPD) verwiesen.

4.2 Gebührenermittlung und Bescheid im Verfahren nach § 62 HBauO (zu § 1 Abs.2 BauGebO):

§ 1 Abs.2 Satz 1 BauGebO stellt klar, dass mit der Baugebühr grundsätzlich auch die Gebühren für alle weiteren im konzentrierten Genehmigungsverfahren – aber nicht im vereinfachten Genehmigungsverfahren – erteilten Genehmigungen abgegolten sind.

Je nach der Art des Vorhabens und der vom Vorhaben berührten Rechtsbereiche sind folgende eigenständige Gebührenbescheide nach den Bestimmungen des § 1 Absatz 2 BauGebO möglich:

1. Gebührenbescheid Bauaufsicht zur Baugenehmigung (§ 1 Abs. 2 **Satz 1** BauGebO),
2. Gebührenbescheid anderer Dienststellen zu Entscheidungen von Behörden nach bundesrechtlicher Gebührenordnung oder von Anstalten des öffentlichen Rechts (§ 1 Abs. 2 **Satz 2** BauGebO),
3. Gebührenbescheid anderer Dienststellen über Benutzungsgebühren und –entgelte für die Sondernutzung öffentlicher Land- und Wasserflächen sowie für die Erhebung von Grundwassergebühren (§ 1 Abs. 2 **Satz 3** BauGebO).

Zu Nr.1: Gebührenbescheid Bauaufsicht zur Baugenehmigung (§1 Absatz 2 **Satz 1** BauGebO)

- 1.1 Der Gebührenbescheid der Bauaufsicht** (dto. HPA, BSU-ABH 23) beinhaltet die folgenden Gebührentatbestände nach der Anlage 1 zur BauGebO.
Die Gebührensätze enthalten alle Entscheidungen, die die Baugenehmigung nach § 72 Abs. 2 Satz 1 HBauO einschließt. Die jeweiligen Gebühren werden untergliedert dargestellt und im Bescheid aufaddiert, so z. B.:

- a) Genehmigungsgebühr nach Nr. 1.1 oder Nr. 1.3 (Sonderbauten) der Anlage 1 BauGebO. Diese beinhaltet die Entscheidungen anderer Dienststellen zum Baunebenrecht wie z. B.
- Baumfällgenehmigung nach § 4 BaumschutzVO,
 - Genehmigung der Gehwegüberfahrt nach § 18 HWG,
 - Genehmigung nach § 25 HWG (Gegenstände auf öffentlich zugänglicher Privatfläche),
 - Ausnahme nach § 9 Abs. 8 FStrG,
 - Ausnahme nach § 9a Abs. 5 FStrG,
 - Befreiung nach § 71 Abs. 1 HWG,
 - Ausnahme oder Befreiung nach § 7 FlutschutzVO-HafenCity,
 - Ausnahme oder Befreiung nach § 33 PolderO,
 - Erlaubnis zur Grundwasserabsenkung nach § 7 WHG,
- b) Gebühr für eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach Nr. 1.16 Anlage 1 BauGebO,
- c) Gebühr für Abweichungen, Ausnahmen und Befreiungen, Baulasten nach Nr. 2 der Anlage 1 BauGebO.

1.2 Der Gebührenbescheid BSU / ABH 3 (Prüfstelle für Baustatik)

Der Gebührenbescheid umfasst die Prüfgebühren nach den Gebührentatbeständen der Anlage 1 Nr. 4 ff. zur BauGebO für die bautechnische Prüfung und die zugehörigen Bauzustandsbesichtigungen.

Diese Gebühren werden für die Bezirksämter durch die BSU /ABH 3 erhoben und eingezogen.

Zur Nr. 2: Gebührenbescheid anderer Dienststellen zu Entscheidungen von Behörden nach bundesrechtlicher Gebührenordnung oder von Anstalten des öffentlichen Rechts (§ 1 Abs. 2 **Satz 2** BauGebO)

Ein eigenständiger Gebührenbescheid wird erlassen „für die Gebühren und Auslagen, die von Behörden auf der Grundlage von nach Bundesrecht erlassenen Gebühren- und Kostenverordnungen zu erheben sind oder die Anstalten des öffentlichen Rechts aufgrund ihrer Beteiligung an einem Baugenehmigungsverfahren zustehen.“

Dies gilt z. B. für folgende Genehmigung:

- Sielanschlussgenehmigung nach § 7 Abs. 1 HmbAbwG seitens der HSE.
- Eine Gebühr wird nach der Anlage 1 Nr. 4.1 der Umweltgebührenordnung berechnet und erhoben.

Zur Nr. 3: Gebührenbescheid anderer Dienststellen über Benutzungsgebühren und - entgelte für die Sondernutzung öffentlicher Land- und Wasserflächen sowie für die Erhebung von Grundwassergebühren (§ 1 Abs. 2 **Satz 3** BauGebO).

Ein eigenständiger Gebührenbescheid wird erlassen „für Benutzungsgebühren und - entgelte für die Sondernutzung öffentlicher Land- und Wasserflächen sowie für die Erhebung von Grundwassergebühren nach dem Grundwassergebührengesetz“.

Dies gilt z. B. für:

- 3.1** die Sondernutzung öffentlicher Wegeflächen durch öffentlich-rechtlichen Vertrag (§ 19 Absatz 5 HWG),
- 3.2** die nach der „Gebührenordnung für die Verwaltung und Benutzung der öffentlichen Wege, Grün- und Erholungsanlagen“ bestehenden folgenden Gebührentatbestände:
- Benutzung öffentlicher Flächen, nach der Anlage 2 Nrn. 1 bis 16.2, 29 bis 29.3,
 - Zufahrten über öffentliche Flächen, nach der Anlage 3 Nrn. 1 bis 3,
 - Sondernutzung nach § 19 Abs. 1 HWG (hier z. B. für die Gehwegüberfahrt als Baustellenzufahrt oder für die Inanspruchnahme von Verkehrsflächen für das Gerüstaufstellen), nach der Anlage 4 Nr.1,
 - Befreiung nach § 71 Abs. 1 HWG im Zusammenhang mit einer Sondernutzung im Sinne von § 19 Absatz 1 HWG, nach der Anlage 4 Nr. 5,
- 3.3** die nach der „Umweltgebührenordnung - UmwGebO“ bestehenden folgenden Gebührentatbestände für Benutzungsgebühren (§ 1 Abs.1 UmwGebO) z.B. für:
- Entnahme von Wasser, nach der Anlage 2 Nr. 2.1,
 - Einleiten von Abwasser, nach der Anlage 2 Nr. 2.2,
 - Benutzung von Wasserflächen, nach der Anlage 2 Nrn. 2.4.3 und 2.4.4,
 - Benutzung von Gewässer- und Deichflächen, nach der Anlage 2 Nrn. 2.5 bis 2.16.4.
- 3.4** die nach dem „Gesetz über die Erhebung einer Gebühr für Grundwasserentnahmen (Grundwassergebührengesetz-GruwaG) zu erhebenden Gebühr für die Grundwasserförderung, sofern sie der Wasserversorgung dient.

Die Gebühr gilt nicht für Grundwasserabsenkungen nach § 3 Absatz 1 Nr. 6 Wasserhaushaltsgesetz – WHG auf Baustellen.

4.3 Gebühr bei Rücknahme oder Ablehnung eines Antrags (§ 12 GebG)

Gebühren sind nicht zu erheben, wenn ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt wird oder bei der Rücknahme des Antrages mit der sachlichen Bearbeitung noch nicht begonnen worden ist (§ 12 Abs. 1 GebG).

Der Beginn der sachlichen Bearbeitung wird dann angenommen, wenn die technische Sachbearbeiterin oder der technische Sachbearbeiter die Prüfung des Vorganges aufgenommen hat; das verwaltungsmäßige Aufnehmen des Vorganges (Registrieren, Anlegen der Akte und des Protokolls, Nummerierung der Anlagen) ist keine sachliche Bearbeitung im Sinne des § 12 GebG.

Die einzelnen gebührenrechtlichen Regelungen für die Rücknahme oder die Ablehnung von Anträgen sind in § 12 GebG enthalten.

Auslagen sind gemäß § 4 Abs. 4 BauGebO stets in voller Höhe zu erstatten.

Bei Rücknahme eines Antrages wegen unvollständiger Bauvorlagen und Fristablauf nach § 70 Abs.3 HBauO kommt § 12 GebG nicht zur Anwendung- siehe Ausführungen unter Nr.4.1.7 des BPD zu dem Gebührentatbestand Nr. 1.15 der Anlage 1 BauGebO-.

Werden Genehmigungen nicht oder nur zum Teil in Anspruch genommen, erfolgt keine Gebührenrückzahlung (siehe auch Nr. 9).

4.4 Auslagen (§ 5 Abs. 1 GebG und § 4 Abs.4 BauGebO)

Nach § 5 Abs. 1 GebG sind mit der Gebühr alle den Behörden entstehenden Kosten mit Ausnahme der besonderen Auslagen, die gesondert zu erstatten sind, abgegolten.

Die besonderen Auslagen sind in § 5 Absatz 2 GebG aufgelistet. Dazu gehören u.a.

- Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen über 2,50 Euro im Einzelfall (Absatz 2 Nr.1)
- Kosten, die durch die notwendige Hinzuziehung Dritter bei der Vornahme von Amtshandlungen entstehen (Absatz 2 Nr.5).

"Normale" Postgebühren, auch wenn sie 2,50 Euro überschreiten, dürfen nicht als Auslagen geltend gemacht werden, wenn sie regelmäßig entstehen. Dies gilt für jeden einzelnen Genehmigungsfall.

Die erhöhten Kosten für Postzustellungsurkunden, deren Verwendung zwingend vorgeschrieben ist oder - in Ausübung des Ermessens - regelmäßig für zweckmäßig angesehen wird, können nicht als Auslagen geltend gemacht werden. Dies gilt auch, wenn die Bauprüfdienststelle in einem ganz konkreten (Einzel-)Fall die Verwendung einer Postzustellungsurkunde für zweckmäßig hält.

Beantragt dagegen ein Antragsteller die Zusendung der Verwaltungsentscheidung per Postzustellungsurkunde und ist diese Zustellungsart nicht üblich, werden die Postgebühren als Auslagen erhoben.

Es ist nicht zulässig, im Laufe des Baugenehmigungsverfahrens durch mehrfache Korrespondenz (auch Zwischenbescheide) entstehende Portokosten zu sammeln und sie mit dem Gebührenbescheid über die Hauptgenehmigung als besondere Auslagen geltend zu machen.

Sollen Prüfsachverständigen oder Sachverständige nach der Sachverständigenverordnung eingesetzt werden, so ist für deren Beauftragung die BSU - Amt für Bauordnung und Hochbau - zuständig (Anordnung über Zuständigkeiten im Bauordnungswesen vom 08. August 2006, Amtlicher Anzeiger Seite 2085). Nach § 4 Abs. 4 BauGebO sind Auslagen für das Heranziehen dieser Personen - soweit es sich um die Prüfung der Standsicherheit, des Brandschutzes, des Wärmeschutzes und zur Energieeinsparung handelt - mit den Gebühren nach den Nummern 4.1 bis 4.10 sowie 4.12 bis 4.17 der Anlage 1 zur BauGebO abgegolten; in Fällen von Gebührenfreiheit sind diese Auslagen zu erstatten.

Die Auslagen sind nach § 4 Abs.4 BauGebO auch bei Rücknahme eines Bauantrages (in voller Höhe) zu erstatten.

4.5 Kostenerstattungsbescheid (§ 61 LHO i.V.m. zugehörigen Verwaltungsvorschriften)

Die Geltendmachung der Erstattung zwischen Behörden und mit den Landesbetrieben erfolgt mit einem Kostenerstattungsbescheid. Zur Erstattungspflicht siehe auch Nummer 3.4.4. des BPD.

Zur Gebührenpflicht zwischen Behörden und der damit verbundenen Kostenerstattung hat die Finanzbehörde Erläuterungen herausgegeben, siehe unter Nr.7 des BPD.

Danach können nach allgemeinerrechtlichen Grundsätzen im Verhältnis verschiedener Organe (= Behörden) **einer** juristischen Person (= FHH) zueinander keine Schuldverhältnisse entstehen; d. h., dass eine juristische Person **nicht** zugleich Schuldner und Gläubiger der gleichen Forderung sein kann. Dieser Grundsatz gilt auch für Gebühren, Zinsen und Auslagen nach dem Gebührengesetz.

Daraus folgt, dass

- zur Geltendmachung von Forderungen nach dem Gebührengesetz zwischen Behörden und zwischen Dienststellen einer Behörde **kein förmlicher Festsetzungsbescheid** im Sinne von § 37 HmbVwVfG ergehen kann,
- gegen eine solche Forderung **kein Widerspruch** im Sinne von § 69 VwGO eingelegt werden kann, da es sich nicht um einen Verwaltungsakt handelt, und
- aufgrund der Einwände der die Forderung schuldenden Behörde oder Dienststelle **keine Entscheidung über einen Widerspruch** im Sinne von §§ 72 und 73 VwGO möglich ist.

Für die Erstattung der Baugebühren ist deshalb kein Gebührenbescheid, sondern ein Kostenerstattungsbescheid ohne Rechtsmittelbelehrung zu fertigen.

5 Stundung, Niederschlagung, Erlass

Für Stundung, Niederschlagung und Erlass gelten die Vorschriften von § 21 GebG in Verbindung mit § 59 der Landeshaushaltsordnung und den zugehörigen Verwaltungsvorschriften zu § 21 GebG und zu § 59 LHO.

Die vom Senat beschlossenen **verbindlichen** "Verwaltungsvorschriften zu § 21 des Gebührengesetzes" sind in den Mitteilungen für die Verwaltung bekannt gegeben worden (MittVw 2004, Seite 66).

Durch eine Niederschlagung erlischt der Anspruch nicht; die weitere Rechtsverfolgung wird dadurch nicht ausgeschlossen. Eine Niederschlagung wird dem Schuldner nicht mitgeteilt.

Die Entscheidung über Stundung, Niederschlagung, Erlass sowie das Unterbleiben der Festsetzung trifft jeweils die oder der Beauftragte für den Haushalt (VV Nr. 5.1 zu § 59 LHO bzw. VV Nr. 6.1 zu § 21 GebG); die jeweils geltende Dienstvorschrift des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten über die "Delegation von Zuständigkeiten nach Nr. 4.4 der Verwaltungsvorschrift (VV) zu § 58 Landeshaushaltsordnung (LHO), Nr. 5.3 der VV zu § 59 LHO und nach Nr. 6.3 der VV zu § 21 Gebührengesetz (GebG)" sind zu beachten. In bestimmten Fällen ist die Einwilligung der Finanzbehörde erforderlich (vgl. VV Nr. 5.2 zu § 59 LHO bzw. VV Nr. 6.2 zu § 21 GebG).

6 Verjährung, Rückzahlung und Verrechnung

Für die Verjährung gelten die Regelungen des § 22 GebG.

Die Bestimmungen für die Rückzahlung und Verrechnung sind in § 23 GebG enthalten. Ob ein Festsetzungsbescheid nach § 20 Abs. 1 GebG nichtig ist oder zurückgenommen oder widerrufen wird, richtet sich nach den Bestimmungen des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HmbVwVfG).

7 Informationen der Finanzbehörde zum Gebührenrecht

Für Bedienstete der FHH bietet die Finanzbehörde im FHHportal diverse Informationen u.a. zur Ausführung des Gebührengesetzes, zur Gebührenfreiheitsverordnung und zu den Themen Stundung, Niederschlagung, Erlass von Gebühren.

Diese finden sich unter dem Share-Point der Finanzbehörde (Stand 16.06.2010) unter

<http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0009/OE/gebuehrenrechtFB14/default.aspx>

Im Internet bietet die Finanzbehörde Informationen zur Landeshaushaltsordnung und den zugehörigen Verwaltungsvorschriften an. Diese sind zu finden (Stand 16.06.2010) unter

<http://www.hamburg.de/haushaltsrecht/>

8 Auskünfte nach dem Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetz

Bei der Erteilung von Auskünften in Baugenehmigungsangelegenheiten ist zu prüfen, ob es sich um Auskünfte nach dem Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetz handelt. In diesen Fällen richtet sich die Erhebung der Gebühren **ausschließlich** nach der Gebührenordnung zum Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetz.

9 Stichwortverzeichnis

<u>Stichwort</u>	<u>Nr. im BPD</u>	<u>Seite im BPD</u>
Ablehnung Antrag, Gebühr	4.3	18
Akteneinsicht	4.1.7	12
Änderungsanträge	4.1.7	11
Anlage 1 zur BauGebO	4.1.7	10
Anlage 2 zur BauGebO	4.1.8	14
Anrechenbare Kosten	4.1.3	7
Auslagen	4.4	19
Ausnahmen, Befreiungen	4.1.7	11
Auskünfte, Gebühr	3.3, 4.1.7	3, 12
Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO	4.2	16
Baulasten	4.1.7	12
Behörden FHH, Erstattungspflicht	3.4.4	4
Beratungsgebühr	4.1.7, 3.3	12, 3
Erlass Baugebühren	5	20
Erstattungsbescheid	4.5	19
Gebäudearten	4.1.8	14
Gebührenermäßigungen	4.1.6	9
Gebührenpflichtiger	3.1	2
Gebührenpflicht	3.2	2
Gebührenfreiheit	3.3, 3.4	3
Gemischte Nutzungen	4.1.5	8
Genehmigungsfiktion	3.6	6
Gleiche Gebäude, Gebührenermäßigung	4.1.6	9
Herstellungskosten	4.1.4	8
Informationsfreiheitsgesetz	8	21
Konsulate	3.4.6	5
Kostenerstattungsbescheid	4.5	19
Landesbetriebe FHH	3.4.4	4
Mindestgebühr	4.1.1	7
Niederschlagung	5	20
Persönliche Gebührenfreiheit	3.4	3
Post-/Fernmeldegebühr	4.4	19
Rahmengebühr	4.1.2	7
Rücknahme Antrag	4.3	18
Rückzahlung	6	20
Sachliche Bearbeitung, Beginn	4.3	18
Sachliche Gebührenfreiheit	3.3	3
Sondervermögen	3.4.4	4
Stundung	5	20
Verjährung	6	20
Verrechnung	6	20
Vorauszahlung	3.6	6
Vorbescheid	4.1.7	11
Zeitgebühr	4.1.2	7